



# **Niederschrift**

**über die Sitzung**

**des Stadtrates**

**am 06.02.2013**

## **Anwesend**

### **Vorsitz**

Ebling, Michael

### **Verwaltung**

Beck, Günter  
Sitte, Christopher  
Merkator, Kurt  
Eder, Katrin  
Grosse, Marianne

### **Stadtratsmitglieder**

Becker, Astrid  
Becker, Johanna Dr.  
Binz, Katharina  
Bub, Kerstin  
Diehl, Christine  
Dietz, David  
Eckhardt, Gerd Dr.  
Egner, Herbert  
Faber, Matthias  
Faßbender, Ulrike  
Flegel, Sabine  
Gerster, Thomas  
Grodén-Kranich, Ursula  
Gröninger, Markus  
Hafner, Klaus  
Helm-Becker, Ansgar  
Hirsch, Hannelore  
Hofem, Dieter  
Hofmann, Kai  
Huck, Brian Dr.  
Hözl, Gudrun  
Jaensch, Ruth  
Jessen, Jens Prof. em. Dr.  
Kinzelbach, Martin  
Klomann, Nico  
Konrad, Nadya  
Konrad, Walter Dr.  
Konrad, Walter  
Koppius, Walter  
Kracht, Martina

Kunkel, Marianne  
Kützing, Lars Dr.  
Köbler-Gross, Sylvia  
Leinen, Felix Prof. Dr.  
Lensch, Eckart Dr.  
Moerchel, Christian Dr.  
Moseler, Claudius Dr.  
Pietsch, Michael Prof. Dr.  
Pohl, Christine Dr.  
Rösch, Matthias  
Schreiner, MdL, Gerd  
Schäfer, Herbert  
Schönig, Hannsgeorg  
Sell, Milan  
Siebner, Claudia  
Solbach, Norbert  
Stritter, Stephan  
Strutz, Harald  
Sucher, Oliver  
Trautmann, Klaus  
Trautwein, Karin  
Tress, Peter Dr.  
Vicente, Miguel  
Viering, Christian  
Walter-Bornmann, Gerhard  
Westrich, Sissi  
Willius-Senzer, Cornelia

### **Schiffführung**

Blessing, Detlef

### **Entschuldigt fehlen**

Heinisch, MdL, Gunther  
Köbler, MdL, Daniel  
Neger, Thomas

# Tagessordnung

## a) öffentlich

### TEIL I

#### Anfragen der Stadtratsfraktionen

1. Höhere Dividendenzahlungen der Sparkasse an die Stadt Mainz (PRO MAINZ)
2. Kosten und Nutzen der städt. Mitgliedschaft im Deutschen Städtetag (PRO MAINZ)
3. Empfehlungen für Friedhofssatzung zu ausbeuterischer Kinderarbeit (PRO MAINZ)
4. Tourismus stärken: Stellplätze für Wohnmobile im Stadtgebiet (SPD)
5. Gesamtbetrachtung Dienstwagen (ödp)
6. Volkspark: Planungen für die nächsten Jahre (ödp)
7. Sanierungsstau und Energieverbrauch in städtischen Verwaltungsgebäuden (ödp)
8. Umsetzung des Stadtleitbilds (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
9. Drogenhilfezentrum „Café Balance“ (SPD)
10. Fehlbelegungsabgabe bei sozial gefördertem Wohnraum und Belegungsrechte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
11. Umsetzung des Antrags „Vielfalt als Chance begreifen – Integration in Mainz fördern“ (0888/2008) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
12. Peter-Jordan-Schule/Gleisbergschule (ödp)
13. Umweltzone (FDP)
14. Unterrichtsausfall an Berufsschulen in Mainz (FDP)
15. Ausstellung „Schriftkunst und Bilderzauber“ im Gutenberg-Museum (CDU)
16. Schaffung von Haltepunkten für Fernbusse (CDU)

17. Flyer „Feste feiern nach Mainzer Art 2013“ (CDU)
18. Umsetzung „Grüne Welle“ (CDU)
19. Hundesteuer (CDU)
20. Kinderferienbetreuung (CDU)
21. Reinigung und Wartung der Verkleidung im Goethetunnel (CDU)
22. Kurfürstliches Schloss (CDU)
23. Schulabbrecher und Schulschwänzer in Mainz (CDU)
24. Projekte der Sozialen Stadt im Stadtteil Lerchenberg (CDU)
25. Live Übertragung der Stadtratssitzungen (ödp)
26. Sporthalle Finthen (CDU)
27. Ermittlung der Arbeitsstunden beim Tag der offenen Tür (CDU)
28. Situation der Tageseltern (CDU)
  - 28.1. Kostenentwicklung für die Stadt Mainz wegen neuer Rundfunkgebühren  
(PRO MAINZ)
  - 28.2. Bau des Vereinsheims der TSG Hechtsheim (CDU)
29. Fragestunde

### **Anträge der Stadtratsfraktionen**

30. Mainzer Rathaus
  - 30.1. Einwohnerantrag zum Mainzer Rathaus
  - 30.2. Antrag zum Einwohnerantrag zum Mainzer Rathaus  
(CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)
  - 30.3. Änderungsantrag zu Antrag 0236/2013 zum Einwohnerantrag zum  
Mainzer  
Rathaus (ödp)
31. 60. Jahrestag des antisozialistischen Aufstandes am 17. Juni 1953 (PRO  
MAINZ)
32. Betriebliche Kinderbetreuung forcierter ausbauen (CDU)
  - 32.1. Gemeinsamer Änderungsantrag zum Antrag "Betriebliche Kinderbe-  
treuung  
forcierter ausbauen" (0222/2013) der CDU-Stadtratsfraktion

33. Sauberkeit im Mainzer Stadtgebiet (CDU)
34. Einführung der Richtlinien zur ordentlichen Unternehmensführung – Public Corporate Governance Kodex – für die Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen der Stadt Mainz (DIE LINKE.)
  - 34.1. Änderungsantrag zu TOP 34 "Einführung der Richtlinien zur ordentlichen Unternehmensführung – Public Corporate Governance Kodex – für die Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen der Stadt Mainz" (CDU)
35. Einführung eines bürgernahen Online-Beteiligungsverfahrens (DIE LINKE.)
56. Einwohnerfragestunde
36. Erhalt der kommunalen Wasserversorgung gegen die Privatisierungsabsichten der EU-Kommission (DIE LINKE.)
  - 36.1. Gemeinsamer Änderungsantrag zum Antrag 0227/2013 der Stadtratsfraktion DIE LINKE - Erhalt der kommunalen Strukturen in der öffentlichen Daseinsfür-sorge, insbesondere im Bereich der Wasserversorgung (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)
37. Gemeinsamer Antrag: Stärkung der Willkommens- und Anerkennungskultur - Weiterentwicklung der städtischen Ausländerbehörde (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP) - Neue Fassung
  - 37.1. Änderungs- und Ergänzungsantrag zu TOP 37 "Stärkung der Willkommens- und Anerkennungskultur - Weiterentwicklung der städtischen Ausländerbehörde" (CDU)
38. Ein Museumspass für die Mainzer Bürger und Bürgerinnen für alle Mainzer Museen mit den Sonderausstellungen (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)
  - 38.1. Ergänzungsantrag zu TOP 38 "Ein Museumspass für die Mainzer Bürger und Bürgerinnen für alle Mainzer Museen mit den Sonderausstellungen" (CDU)
39. Prüfung einer Erhaltungssatzung für den Bereich Martin-Luther-Straße und Dumontstraße (ödp)

## **TEIL II**

### **A) Mit Stimmrecht des Vorsitzenden**

40. Sachstandsberichte zu den Anträgen der Stadtratsfraktionen
41. Umsetzung des § 94 Abs. 3 GemO;

42. Regionaler Schulentwicklungsplan für die Berufsbildenden Schulen
43. Straßenbenennung Mainz Mombach
44. Kindertagesstätte der Werkstätten für behinderte Menschen Fertigung und Service gGmbH
45. Verabschiedung der zweiten Fortschreibung des Nahverkehrsplans 2012 - 2017
46. Überplanmäßige Mittelbereitstellung i. H. v. 106.000 € im Finanzhaushalt 2013 für die Umrüstung der Hafenbahnübergänge Hattenbergstraße und Rheinallee zulasten eingesparter Mittel bei der Maßnahme "Steuergeräte"
47. Zustimmung der Stadt Mainz als Gesellschafterin der ivm (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)
48. Bauleitplanverfahren "G 149" (Planstufe I)
49. Zweite Verlängerung der Geltungsdauer der Veränderungssperre für den Bereich "MLK-Park (H 92)", Satzung "H 92-VS/II"
50. Bebauungsplanentwurf "Seniorenzentrum Lerchenberg (Le 1)"
51. Bauleitplanverfahren "W102" (Planstufel)
52. Städtebaulicher Rahmenplan "Bahnflächen Mombacher Straße" (H 80)
53. Bebauungsplanentwurf "Südlich des Mühlweges bis zur Bezirkssportanlage - 1. Änderung (B 140/1.Ä)"
54. Veränderungssperre "N 84 - VS"

## **B) Ohne Stimmrecht des Vorsitzenden**

55. Besetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien
  - 55.1. Gremienbesetzungen
  - 55.2. Besetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten etc.
57. Anregungen der Ortsbeiräte [ca. 18.30 Uhr]

## **b) nicht öffentlich**

58. Personalangelegenheiten
59. Wirtschaftliche Beteiligungen
60. Grundstücksangelegenheiten
61. Thermische Verwertung Mainz GmbH
62. Abschluss des Durchführungsvertrages zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan

**c) öffentlich**

63. Bauleitplanverfahren "VEP (O 61)" (Satzungsbeschluss)



Der Vorsitzende eröffnet um 15:00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung führt der Vorsitzende drei neue Ratsmitglieder (Frau Diehl für Frau Dr. Litzemberger, Frau Kunkel für Frau Ursula Stenner, Frau Jaensch für Frau Rößner, MdB) in den Stadtrat ein. Eine formelle Verpflichtung entfällt, da alle drei Damen bereits Mitglieder in Ortsbeiräten seien. Es erfolgt ein Hinweis auf die Schweige- und Treuepflicht gemäß §§ 20 und 21 GemO.

Sodann unterrichtet Herr Oberbürgermeister Ebling den Stadtrat über ein ergangenes Urteil des Verwaltungsgerichts Mainz im Verwaltungsrechtsstreit der Fraktion DIE LINKE auf Erhöhung der Ausschusssitze von 14 auf 18 Sitze gegen den Stadtrat der Stadt Mainz. Die Klage wurde abgewiesen. Den Fraktionen werde ein Exemplar des Urteils übermittelt.

Der Stadtrat nimmt zustimmend von nachfolgenden Tagesordnungsänderungen bzw.

-ergänzungen Kenntnis:

Die fristgerecht eingegangenen Anfragen Nr. 0259/2013 und 0264/2013 werden unter den neuen Tagesordnungspunkten 28.1 und 28.2 behandelt.

Neue Fassungen liegen zu den Punkten 30.2 und 37 vor.

Änderungs- bzw. Ergänzungsanträge wurden zu den Punkten 30, 32, 34, 36, 37 und 38 eingereicht.

Alle genannten Vorlagen sind verteilt.

Die Zuständigkeit der Anfrage Nr. 0244/2012 liegt bei Herrn Oberbürgermeister Ebling.

Nach Festlegung durch den Ältestenrat stehen jeder Fraktion max. vier Minuten Redezeit zu. Den Vertretern für den Einwohnerantrag stehen jeweils acht Minuten zur Verfügung.

Herr Faber weist erneut darauf hin, dass noch Antworten auf Zusatzfragen ausstehen würden und bittet, diese nun doch dringend zu beantworten. Auf Nachfrage von Herrn Dr. Huck, ob ggf. die Anfragen, bei denen noch Zusatzfragen erforderlich sind, noch einmal auf die nächste Tagesordnung gesetzt werden könnten, erklärt der Vorsitzende, dass diese schriftlich an die Verwaltung zur schriftlichen Beantwortung gegeben werden sollen.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.



## öffentlich

### TEIL I

#### Anfragen der Stadtratsfraktionen

**Punkt 1**            **Höhere Dividendenzahlungen der Sparkasse an die Stadt Mainz  
(PRO MAINZ)**  
**Vorlage: 0143/2013**

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort von Herrn Bürgermeister Beck zur Kenntnis.

**Punkt 2**            **Kosten und Nutzen der städt. Mitgliedschaft im Deutschen Städte-  
tag**  
**(PRO MAINZ)**  
**Vorlage: 0144/2013**

Die Anfrage einschließlich einer Zusatzfrage von Herrn Stritter wurde von Herrn Oberbürgermeister Ebling beantwortet.

**Punkt 3**            **Empfehlungen für Friedhofssatzung zu ausbeuterischer Kinderarbeit  
(PRO MAINZ)**  
**Vorlage: 0146/2013**

Zu der von Frau Beigeordneter Eder vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

**Punkt 4**            **Tourismus stärken: Stellplätze für Wohnmobile im Stadtgebiet (SPD)**  
**Vorlage: 0181/2013**

Die Antwort von Frau Beigeordneter Eder liegt vor. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

**Punkt 5**            **Gesamtbetrachtung Dienstwagen (ödp)**  
**Vorlage: 0204/2013**

Die Antwort von Herrn Oberbürgermeister Ebling liegt vor. Zusatzfragen gibt es keine.

**Punkt 6**            **Volkspark: Planungen für die nächsten Jahre (ödp)**  
**Vorlage: 0205/2013**

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort von Frau Beigeordneter Eder zur Kenntnis.

**Punkt 7**            **Sanierungsstau und Energieverbrauch in städtischen Verwaltungs-**  
**gebäuden (ödp)**  
**Vorlage: 0206/2013**

Die Anfrage wurde von Frau Beigeordneter Grosse beantwortet. Unter Bezugnahme auf den letzten Absatz der Beantwortung zu Frage 1 bittet Herr Dr. Moseler um Mitteilung, wann die Überprüfung für das Stadthaus vorgenommen werde. Hierzu erklärt Frau Grosse, dass dies noch nicht absehbar sei. Die Mitglieder des Fachausschusses würden jedoch umgehend unterrichtet.

**Punkt 8**            **Umsetzung des Stadtleitbilds (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
**Vorlage: 0214/2013**

Die Anfrage sowie eine Zusatzfrage von Herrn Dr. Huck bezüglich des Controllings wurde von Herrn Oberbürgermeister Ebling beantwortet.

**Punkt 9**            **Drogenhilfezentrum „Café Balance“ (SPD)**  
**Vorlage: 0228/2013/1**

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort von Herrn Beigeordneten Merkator zur Kenntnis.

**Punkt 10**           **Fehlbelegungsabgabe bei sozial gefördertem Wohnraum und Be-**  
**legungsrechte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Vorlage: 0233/2013**

Die Antwort von Herrn Beigeordneten Merkator liegt vor. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

**Punkt 11**            **Umsetzung des Antrags „Vielfalt als Chance begreifen – Integration in Mainz fördern“ (0888/2008) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
**Vorlage: 0234/2013**

Zu der von Herrn Oberbürgermeister Ebling vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

**Punkt 12**            **Peter-Jordan-Schule/Gleisbergschule (ödp)**  
**Vorlage: 0237/2013**

Die Anfrage – einschließlich einer Zusatzfrage von Herrn Konrad – wurde von Herrn Beigeordneten Merkator beantwortet.

**Punkt 13**            **Umweltzone (FDP)**  
**Vorlage: 0239/2013**

Zu der von Frau Beigeordneter Eder vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

**Punkt 14**            **Unterrichtsausfall an Berufsschulen in Mainz (FDP)**  
**Vorlage: 0240/2013**

Die Antwort von Herrn Beigeordneten Merkator liegt vor. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

**Punkt 15**            **Ausstellung „Schriftkunst und Bilderzauber“ im Gutenberg-Museum (CDU)**  
**Vorlage: 0244/2013**

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort des Oberbürgermeisters zur Kenntnis.

**Punkt 16**            **Schaffung von Haltepunkten für Fernbusse (CDU)**

**Vorlage: 0245/2013**

Die Anfrage sowie eine Zusatzfrage von Herrn Gerster wurden von Frau Beigeordneter Eder beantwortet.

**Punkt 17**      **Flyer „Feste feiern nach Mainzer Art 2013“ (CDU)**  
**Vorlage: 0246/2013**

Zur vorliegenden Antwort von Herrn Oberbürgermeister Ebling fragt Herr Gerster nach, ob nicht gänzlich auf die Flyer verzichtet werden könne, wenn ohnehin Zusatzinformationen aus dem Internet abgerufen werden müssten. Hierzu entgegnet der Vorsitzende, dass nicht alle Bürgerinnen und Bürger mit dem Internet vertraut seien und die Verwaltung ungern auf diese Druckerzeugnisse verzichten wolle.

**Punkt 18**      **Umsetzung „Grüne Welle“ (CDU)**  
**Vorlage: 0247/2013**

Die Anfrage sowie zwei Zusatzfragen von Herrn Gerster zum Verkehrsrechner wurden von Frau Beigeordneter Eder beantwortet.

**Punkt 19**      **Hundesteuer (CDU)**  
**Vorlage: 0248/2013**

Die Anfrage wurde von Herrn Bürgermeister Beck beantwortet. Die Antwort auf die Zusatzfrage von Herrn Dr. Tress nach der Erfolgsquote der Ermittlungen durch das Rechts- und Ordnungsamt wird in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen vorgelegt.

**Punkt 20**      **Kinderferienbetreuung (CDU)**  
**Vorlage: 0249/2013**

Die Anfrage wurde von Herrn Beigeordneten Merkator beantwortet. Zwei Zusatzfragen von Frau Siebner beantwortet er ebenfalls.

**Punkt 21**

**Reinigung und Wartung der Verkleidung im Goethetunnel (CDU)**  
**Vorlage: 0250/2013**

Zu der von Frau Beigeordneter Grosse vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.



**Punkt 22**      **Kurfürstliches Schloss (CDU)**  
**Vorlage: 0251/2013**

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort von Frau Beigeordneter Grosse zur Kenntnis.

**Punkt 23**      **Schulabbrecher und Schulschwänzer in Mainz (CDU)**  
**Vorlage: 0252/2013**

Die Antwort von Herrn Beigeordneten Merkator liegt vor. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

**Punkt 24**      **Projekte der Sozialen Stadt im Stadtteil Lerchenberg (CDU)**  
**Vorlage: 0253/2013**

Zur vorliegenden Antwort von Herrn Beigeordneten Merkator stellt Frau Siebner die Zusatzfragen, seit wann mit dem ZDF verhandelt werde und bis wann diese Verhandlungen abgeschlossen seien. Hierzu teilt Herr Merkator mit, dass der Abschluss nicht absehbar sei, das Datum des Beginns werde jedoch schriftlich nachgereicht.

**Punkt 25**      **Live Übertragung der Stadtratssitzungen (ödp)**  
**Vorlage: 0254/2013**

Die Antwort des Oberbürgermeisters liegt vor. Herr Dr. Moseler fragt nach, mit welchen Überlegungen die Behandlung im Haupt- und Personalausschuss vorgenommen werde. Herr Oberbürgermeister Ebling erklärt, dass es in der Hauptsache um die zu erwartenden Kosten gehe, und der Rat letztendlich entscheiden müsse, ob die zu erwartenden Kosten in einem vernünftigen Verhältnis zu dem voraussichtlichen Nutzen stehen würden.

**Punkt 26**      **Sporthalle Finthen (CDU)**  
**Vorlage: 0255/2013**

Die Anfrage sowie zwei Zusatzfragen von Herrn Hafner bezüglich der Gespräche mit der ADD wurden von Herrn Bürgermeister Beck beantwortet.

**Punkt 27**      **Ermittlung der Arbeitsstunden beim Tag der offenen Tür (CDU)**  
**Vorlage: 0256/2013**

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort von Herrn Oberbürgermeister Ebling zur Kenntnis.

**Punkt 28**      **Situation der Tageseltern (CDU)**  
**Vorlage: 0257/2013**

Zunächst bittet Frau Siebner, den Postlauf in der Verwaltung zu überprüfen, da ein Schreiben der CDU-Fraktion vom 11.01.2013 erst Anfang Februar beantwortet worden sei. Herr Oberbürgermeister Ebling sagt dies zu.

Zwei Zusatzfragen zur EDV-Abwicklung werden von Herrn Beigeordneten Merkator dahingehend beantwortet, dass im nächsten Jugendhilfeausschuss hierüber berichtet werde.

**Punkt 28.1**      **Kostenentwicklung für die Stadt Mainz wegen neuer Rundfunkgebühren (PRO MAINZ)**  
**Vorlage: 0259/2013**

Zur vorliegenden Antwort von Herrn Oberbürgermeister Ebling stellt Herr Stritter die Zusatzfrage, ob die Stadt Mainz die neuen Beiträge bezahle. Der Vorsitzende erklärt hierzu, dass noch keine Zahlungsaufforderungen eingegangen und deshalb auch noch keine Zahlungen erfolgt seien.

**Punkt 28.2**      **Bau des Vereinsheims der TSG Hechtsheim (CDU)**  
**Vorlage: 0264/2013**

Die Anfrage wurde von Frau Beigeordneter Grosse beantwortet. Auf eine Zusatzfrage, ob bereits Gespräche stattgefunden hätten, erklärt Frau Grosse, dass Einzelheiten zu einem Bauvorhaben nur in nichtöffentlicher Sitzung des Bau- und Sanierungsausschusses besprochen werden könnten.

**Punkt 29**      **Fragestunde**

Persönliche Anfragen einzelner Ratsmitglieder wurden nicht eingereicht.

## **Anträge der Stadtratsfraktionen**

### **Punkt 30**      **Mainzer Rathaus**

#### **Punkt 30.1**      **Einwohnerantrag zum Mainzer Rathaus;** **a) Feststellung der Zulässigkeit** **b) Anhörung der vertretungsberechtigten Personen** **c) Beschluss über den Einwohnerantrag** **Vorlage: 0166/2013**

#### **Punkt 30.2**      **Antrag zum Einwohnerantrag zum Mainzer Rathaus** **(CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)** **Vorlage: 0236/2013/1**

#### **Punkt 30.3**      **Änderungsantrag zu Antrag 0236/2013 zum Einwohnerantrag zum** **Mainzer Rathaus (ödp)** **Vorlage: 0236/2013/2**

Nach einführenden Worten von Herrn Oberbürgermeister Ebling wird zunächst über die Zulässigkeit des Einwohnerantrages entschieden. Einstimmig erklärt der Stadtrat den Einwohnerantrag entsprechend der Verwaltungsvorlage vom 28.01.2013 für zulässig.

Hieran anschließend begründen die beiden benannten Vertreter der Einwohnerinitiative, Herr Leidecker und Herr Huch, den Einwohnerantrag. Für die Fraktionen des Stadtrates nehmen sodann Herr Schönig (CDU), Herr Dr. Lensch (SPD), Herr Helm-Becker (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sowie Herr Koppius entsprechend des gemeinsam eingebrachten Antrages Stellung und vertreten einmütig die Auffassung, dass zurzeit kein Bürgerentscheid durchgeführt werden könne, da keine eindeutige Frage, die mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden könne, formulierbar sei. Dies sei erst nach Vorliegen der im Dezember geforderten Informationen möglich.

Für Herrn Dr. Moseler, der den ödp-Änderungsantrag begründet, sei es dringend erforderlich, jetzt einen Bürgerentscheid zu beschließen. Dieser Auffassung schließen sich auch Herr Stritter für BÜRGERBEWEGUNG PRO MAINZ und Herr Hofem für DIE LINKE an.

Abschließend bestätigt Herr Oberbürgermeister Ebling, dass eine Beschlussfassung zur Durchführung eines Bürgerentscheids ohne eine konkrete Ja-/Nein-Frage rechtswidrig sei, worauf auch die Redner des gemeinsamen Antrages hingewiesen hätten.

Am Ende der Aussprache fasst der Stadtrat nachfolgende Beschlüsse:

1. Mit den Stimmen von ödp, BÜRGERBEWEGUNG PRO MAINZ und der Fraktion DIE LINKE wird der Änderungsantrag der ödp gegen die Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP mit großer Mehrheit abgelehnt.
2. Der gemeinsame Antrag von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP wird gegen die Stimmen von ödp, BÜRGERBEWEGUNG PRO MAINZ und DIE LINKE mit großer Mehrheit beschlossen.

Herr Oberbürgermeister Ebling stellt fest, dass die Entscheidungen entsprechend dem gemeinsamen Antrag einschließlich Begründung öffentlich bekannt gemacht werden. Er stellt weiterhin fest, dass hiermit auch über den Einwohnerantrag abschließend entschieden sei.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 28.11.2013, der gemeinsame Antrag Nr. 0236/2013/1 von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Änderungsantrag Nr. 0236/2013/3 der ödp.

**Punkt 31**            **60. Jahrestag des antisozialistischen Aufstandes am 17. Juni 1953 (PRO MAINZ)**  
**Vorlage: 0149/2013**

Nach der Begründung des Antrages durch Herrn Faber, erklärt Frau Faßbender für die Koalitionsparteien, dass dem Antrag nicht zugestimmt werde. Frau Beigeordnete Grosse teilt mit, dass die Verwaltung bereits an diesem Projekt arbeite und der Antrag praktisch erledigt sei.

Am Ende der Aussprache wird der Antrag gegen die Stimmen der Fraktion BÜRGERBEWEGUNG PRO MAINZ mit großer Mehrheit abgelehnt.

Nach der Abstimmung geben die Herren Schönig und Stritter jeweils eine persönliche Erklärung ab.

**Punkt 32**            **Betriebliche Kinderbetreuung forciert ausbauen (CDU)**  
**Vorlage: 0222/2013**

**Punkt 32.1**        **Gemeinsamer Änderungsantrag zum Antrag "Betriebliche Kinderbetreuung forciert ausbauen" (0222/2013) der CDU-Stadtratsfraktion (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)**  
**Vorlage: 0222/2013/1**

Der Antrag der CDU wird von Frau Siebner begründet, die Begründung des gemeinsamen Änderungsantrags von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP übernehmen Frau Westrich (SPD), Frau Becker (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Frau Bub (FDP). Frau Westrich beantragt in ihrer Wortmeldung die Überweisung der beiden Anträge in den Jugendhilfeausschuss. Für die ödp-Fraktion signalisiert Herr Konrad Zustimmung zur Überweisung, Herr Hofem spricht sich für DIE LINKE dagegen aus.

Am Ende der Aussprache nimmt Herr Beigeordneter Merkator für die Verwaltung Stellung. Die beiden Anträge werden sodann mit großer Mehrheit (zwei Gegenstimmen) zur weiteren Behandlung in den Jugendhilfeausschuss überwiesen.

**Punkt 33**            **Sauberkeit im Mainzer Stadtgebiet (CDU)**  
**Vorlage: 0224/2013**

Nach der Begründung des Antrages durch Frau Flegel beantragt Herr Kinzelbach für die SPD-Fraktion die Überweisung in den zuständigen Ausschuss. Dem schließt sich Herr Dietz für die FDP an. Auch Herr Dr. Moseler erklärt Bereitschaft zur Überweisung, vertritt jedoch die Auffassung, dass hier auch der Haupt- und Personalausschuss mit der Angelegenheit befasst werden sollte, sofern hierfür Personal erforderlich werde. Auch für die Fraktion BÜRGERBEWEGUNG PRO MAINZ signalisiert Herr Faber Zustimmung.

Nach kurzen Stellungnahmen von Frau Beigeordneter Eder und Herrn Beigeordneten Sitte überweist der Stadtrat den Antrag in den Ausschuss für Umwelt, Grün und Energie. Eine Behandlung im Haupt- und Personalausschuss wird für nicht opportun gehalten.

**Punkt 34**            **Einführung der Richtlinien zur ordentlichen Unternehmensführung – Public Corporate Governance Kodex – für die Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen der Stadt Mainz (DIE LINKE.)**  
**Vorlage: 0225/2013**

**Punkt 34.1**        **Änderungsantrag zu TOP 34 "Einführung der Richtlinien zur ordentlichen Unternehmensführung – Public Corporate Governance Kodex – für die Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen der Stadt Mainz" (CDU)**  
**Vorlage: 0225/2013/1**

Für die Fraktion DIE LINKE begründet Herr Hofem den vorgelegten Antrag. Die Begründung des Änderungsantrages der CDU wird von Herrn Dr. Eckhardt vorgenommen. Für die SPD nimmt Herr Kinzelbach Stellung. Daran anschließend führt Herr Helm-Becker aus, dass von seiner Fraktion beiden Anträgen nicht zugestimmt werden könne. Dem schließt sich auch Herr Dietz für die FDP an. Im Gegensatz hierzu teilt Herr Prof. Leinen mit, dass die ödp-Fraktion dem Änderungsantrag der CDU zustimmen werde.

Nach kurzer Stellungnahme von Herrn Bürgermeister Beck stimmt der Stadtrat über die beiden Anträge wie folgt ab:

1. Der weitergehende Antrag der CDU wird mit den Stimmen der CDU und der ödp gegen die Stimmen von SPD, *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN* und FDP mit Mehrheit abgelehnt.
2. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE wird mit großer Mehrheit bei zwei Ja-Stimmen und drei Enthaltungen abgelehnt.

**Punkt 35**            **Einführung eines bürgernahen Online-Beteiligungsverfahrens (DIE LINKE.)**  
**Vorlage: 0226/2013**

Nach der Begründung des Antrages durch Frau Hölzl erklären Herr Dr. Huck für *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*, Herr Dietz für die FDP und Herr Hafner für die CDU, dass dem Antrag nicht zugestimmt werden könne. Für die ödp-Fraktion beantragt Herr Konrad die Überweisung in den Bau- und Sanierungsausschuss.

Nach einer kurzen Stellungnahme von Frau Beigeordneter Grosse lehnt der Stadtrat sowohl die Überweisung in den Ausschuss (drei Ja-Stimmen) als auch den Antrag selbst mit großer Mehrheit (vier Ja-Stimmen, zwei Enthaltungen) ab.

**Punkt 56**            **Einwohnerfragestunde**

Zwei Fragen, die eine zur alten Feuerwache und die andere zur geänderten Praxis der öffentlichen Bekanntmachungen, werden von Herrn Oberbürgermeister Ebling beantwortet.

**Punkt 36**            **Erhalt der kommunalen Wasserversorgung gegen die Privatisie-**

**rungsabsichten der EU-Kommission (DIE LINKE.)**

**Vorlage: 0227/2013**

**Punkt 36.1**

**Gemeinsamer Änderungsantrag zum Antrag 0227/2013 der Stadtratsfraktion DIE LINKE - Erhalt der kommunalen Strukturen in der öffentlichen Daseinsfürsorge, insbesondere im Bereich der Wasserversorgung (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)**

**Vorlage: 0227/2013/1**

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE wird von Herrn Hofem begründet, die Begründung des gemeinsamen Änderungsantrages übernehmen Herr Sucher für die SPD, Herr Sell für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Herr Dietz für die FDP. Aus den darauffolgenden Stellungnahmen von Herrn Dr. Tress für die CDU, Herrn Konrad für die ödp und Herrn Stritter für die Fraktion BÜRGERBEWEGUNG PRO MAINZ wird deutlich, dass dem Antrag der LINKEN nicht zugestimmt werden könne, der gemeinsame Antrag werde jedoch befürwortet.

Nach einem Schlusswort von Herrn Hofem wird zunächst dem gemeinsamen Änderungsantrag einstimmig zugestimmt. In einer weiteren Abstimmung wird der Antrag der Fraktion DIE LINKE bei drei Ja-Stimmen mit großer Mehrheit abgelehnt.



**Punkt 37**            **Gemeinsamer Antrag: Stärkung der Willkommens- und Anerkennungskultur - Weiterentwicklung der städtischen Ausländerbehörde (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP) - Neue Fassung**  
**Vorlage: 0229/2013/1**

**Punkt 37.1**        **Änderungs- und Ergänzungsantrag zu TOP 37 "Stärkung der Willkommens- und Anerkennungskultur - Weiterentwicklung der städtischen Ausländerbehörde" (CDU)**  
**Vorlage: 0229/2013/2**

Der gemeinsame Antrag wird von Frau Becker (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Herrn Vicente (SPD), und Herrn Dietz (FDP) begründet.

Nach Stellungnahmen von Frau Trautwein (CDU), Herrn Konrad (ödp) und Herrn Stritter für BÜRGERBEWEGUNG PRO MAINZ werden beide Anträge mit großer Mehrheit (drei Gegenstimmen) beschlossen.

**Punkt 38**            **Ein Museumspass für die Mainzer Bürger und Bürgerinnen für alle Mainzer Museen mit den Sonderausstellungen (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)**  
**Vorlage: 0232/2013**

**Punkt 38.1**        **Ergänzungsantrag zu TOP 38 "Ein Museumspass für die Mainzer Bürger und Bürgerinnen für alle Mainzer Museen mit den Sonderausstellungen" (CDU)**  
**Vorlage: 0232/2013/1**

Frau Kracht (SPD), Frau Binz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Frau Faßbender (FDP) begründen den gemeinsamen Antrag. Im Anschluss hieran nehmen Herr Dr. Konrad (CDU) und Frau Hölzl (DIE LINKE) Stellung.

Nach einer weiteren kurzen Stellungnahme von Frau Beigeordneter Grosse für die Verwaltung wird der gemeinsame Antrag zunächst (bei Enthaltungen der Mitglieder der CDU-Fraktion) einstimmig beschlossen. Der CDU-Ergänzungsantrag wird mit den Stimmen von CDU und ödp gegen die übrigen Fraktionen – bei zwei Enthaltungen – mehrheitlich abgelehnt.

**Punkt 39**            **Prüfung einer Erhaltungssatzung für den Bereich Martin-Luther-Straße und Dumontstraße (ödp)**  
**Vorlage: 0235/2013**

Herr Dr. Moseler begründet den Antrag der ödp-Fraktion und beantragt Überweisung in den Bau- und Sanierungsausschuss, um sich über die Einzelheiten ausführlich zu unterhalten. Dem stimmt auch Herr Dr. Eckhardt in seiner Stellungnahme für die CDU-Fraktion zu. Herr Kützing für die SPD, Herr Rösch für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Herr Strutz für die FDP können dem Antrag – auch einer Überweisung in den Bau- und Sanierungsausschuss – nicht näher treten. Nach einer weiteren Stellungnahme von Herrn Hofem für DIE LINKE nimmt Frau Beigeordnete Grosse für die Verwaltung Stellung.

Am Ende der Aussprache lehnt der Stadtrat zunächst die Überweisung in den Bau- und Sanierungsausschuss mehrheitlich ab. Die sich anschließende Abstimmung in der Sache ergibt ebenfalls mehrheitliche Ablehnung (bei fünf Ja-Stimmen und Enthaltungen der Mitglieder der CDU-Fraktion).

## **TEIL II**

### **A) Mit Stimmrecht des Vorsitzenden**

#### **Punkt 40**                    **Sachstandsberichte zu den Anträgen der Stadtratsfraktionen**

##### **Punkt 40.1**                    **Sachstandsbericht zu Antrag Nr. 2281/2009/1 (Ergänzungsantrag) von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP betreffend Gesamtstrategie Stadtentwicklung durch Masterplan Mainz** **Vorlage: 1969/2012**

Der Stadtrat nimmt den Sachstandsbericht zum Antrag 2281/2009/1 und zu dem Ergänzungsantrag zur Kenntnis.

Gegenstand der Beratung ist die Verwaltungsvorlage vom 09.01.2012.

##### **Punkt 40.2**                    **Sachstandsbericht zu Antrag Nr. 2156/2010 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Änderungsantrag der CDU;** **hier: Solarcarports - Vorbereitung der Elektromobilität** **Vorlage: 0023/2013**

Einstimmig erklärt der Stadtrat den Antrag für erledigt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 17.01.2012.

##### **Punkt 40.3**                    **Sachstandsbericht zu Antrag Nr. 0546/2008 "Regenerativer Ener-**

**giepark Layenhof'**  
**Vorlage: 0064/2013**

Ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen erklärt der Stadtrat den Antrag für erledigt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 17.01.2012.

**Punkt 40.4**      **Sachstandsbericht zu Antrag Nr. 1524/2011/2 der ödp-Stadtratsfraktion;**  
**hier: ÄATPrüfung weiterer Verbesserungen entlang der Coface-Arena (ödp/Freie Wähler)**  
**Vorlage: 1729/2012**

Der Stadtrat beschließt einstimmig, den Antrag 1524/2011 der SPD und den Ergänzungs- und Änderungsantrag 1524/2011/1 der CDU und den Änderungsantrag 1524/2011/2 der ödp/Freie Wähler für erledigt zu erklären.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 28.11.2012.

**Punkt 40.5**      **Sachstandsbericht zu Antrag Nr. 1081/2010 von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN;**  
**hier: Mobilitätsmanagement der Stadt Mainz**  
**Vorlage: 1733/2012**

Der Stadtrat beschließt einstimmig, den Antrag Nr. 1081/2010 der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für erledigt zu erklären.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 28.11.2012.

**Punkt 40.6**      **Sachstandsbericht zu Antrag Nr. 1433/2012 der CDU Stadtratsfraktion "Rechtsichere Bauleitplanung für den Zollhafen";**  
**hier: Erledigung des Antrages**  
**Vorlage: 2034/2012**

Der Stadtrat beschließt – entgegen dem Verwaltungsvorschlag, den Antrag 1433/2012 der CDU Stadtratsfraktion "Rechtssichere Bauleitplanung für den Zollhafen" für erledigt zu erklären – die Vorlage eines erneuten Sachstandsberichts in einem Jahr.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 28.11.2012.

**Punkt 40.7**      **Sachstandsbericht zu Antrag Nr. 0716/2012 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN;**

**hier: Spendenpraxis stadtnaher Unternehmen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
**Vorlage: 0171/2013**

Der Stadtrat nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Gegenstand der Beratung ist die Verwaltungsvorlage vom 22.01.2013.

**Punkt 40.8**      **Sachstandsbericht zu Antrag Nr. 401/2009 CDU und Ergänzungsantrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Vorlage 1701/2009**  
**hier: Biotop-Typen auf dem Layenhof**  
**Vorlage: 0221/2013**

Der Stadtrat nimmt den Sachstand zur Kenntnis und erklärt den Antrag einstimmig für erledigt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 31.01.2013.

**Punkt 40.9**      **Sachstandsbericht zum Antrag 0224/2012 SPD, BÜNDNIS 90/Die Grünen**  
**hier: Barrierefreie Kaiserbrücke**  
**Vorlage: 0131/2013**

Der Stadtrat erklärt den Antrag einstimmig für erledigt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 30.01.2013.

**Punkt 40.10**      **Sachstandsbericht zu Antrag Nr. 1211/2010 von der CDU betr. Überwachung des fließenden Verkehrs in Fußgängerbereichen**  
**Vorlage: 2050/2012**

Entgegen dem Verwaltungsvorschlag, den Antrag aus dem Jahr 2010 für erledigt zu erklären, beschließt der Stadtrat die Vorlage eines erneuten Sachstandsberichtes in einem Jahr.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 28.01.2013.

**Punkt 41**            **Umsetzung des § 94 Abs. 3 GemO;**  
**hier: Eigenwerbung, Entgegennahme und Vermittlung von Sponso-**  
**ringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendun-**  
**gen**  
**Vorlage: 0015/2013**

Einstimmig beschließt der Stadtrat:

Die vorgelegten Listen für 2009, 2012 und 2013 werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Annahme der folgenden Spenden-/ Sponsoringbeträge 0059/2009 aus 2009, 0172/2012, 0177/2012, 0178/2012, 0181/2012 und 0190/2012 aus 2012 sowie 0008/2013 aus 2013 wird zugestimmt.

Erst nach der Unbedenklichkeitserklärung durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion kann die Kenntnisnahme und Zustimmung der Zuwendungen/Sponsoringleistungen in Kraft treten.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 28.01.2013.

**Punkt 42**            **Regionaler Schulentwicklungsplan für die Berufsbildenden Schulen**  
**Vorlage: 2059/2012/1**

Im Anschluss an eine kurze Aussprache fasst der Stadtrat bei vier Gegenstimmen und drei Stimmenthaltungen nachfolgende Beschlüsse:

Der Stadtrat stimmt dem angepassten Konzept für die Neustrukturierung der Berufsbildenden Schulen der Stadt Mainz und des Landkreises Mainz-Bingen zu und fordert die Verwaltungen auf, den entsprechenden Antrag an die Schulbehörden zur Genehmigung weiterzuleiten.

Die in der gemeinsamen Sitzung der Schulträgerausschüsse am 17.1.2013 beschlossenen Änderungen sind in die Vorlage vom 01.02.2013 eingearbeitet und sind Bestandteil der Beratung und Beschlussfassung.

**Punkt 43**            **Straßenbenennung Mainz Mombach**  
**hier: "An der Kreuzkapelle"**

**Vorlage: 1851/2012**

Der Stadtrat beschließt einstimmig, dem Platz an der Kreuzkapelle in Mainz-Mombach die Bezeichnung „An der Kreuzkapelle“ zu geben.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 21.11.2012.

**Punkt 44**            **Kindertagesstätte der Werkstätten für behinderte Menschen Fertigung und Service gGmbH**  
**- Einrichtung von 6 Gruppen mit insgesamt 90 Ganztagsplätzen in Mainz-Hechtsheim**  
**Vorlage: 2067/2012**

Ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen beschließt der Stadtrat:

Der Einrichtung einer Kindertagesstätte mit 6 Gruppen, davon 5 Regelgruppen mit kleiner Altersmischung mit je 15 Plätzen davon je 7 Plätze für Kinder unter drei Jahren sowie einer integrativen Gruppe mit 10 Regelplätzen und 5 Plätzen für behinderte Kinder in Trägerschaft der WfB wird zugestimmt. In den Regelgruppen besteht die Option behinderte Kinder im Rahmen von Einzelintegrationsmaßnahmen aufzunehmen.

Die Stadt Mainz gewährt dem Träger einen Investitionskostenzuschuss in Höhe von 1.662.000,00 €. Dieser Betrag wird in den Jahren 2013 (800.000,00 €) und 2014 (862.000,00 €) bei PSP-Element 7.000341.740.001/Sachkonto 78149001 überplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei PSP-Element 7.000613.700-Neubau Kindertagesstätte Hechtsheim.

Die Personalkosten werden im Rahmen der Bestimmungen des Kindertagesstättengesetzes Rheinland-Pfalz finanziert.

Die erforderlichen Mittel werden ab 2014 im Doppelhaushalt bereitgestellt. Die Kindertagesstätte wird in den Kindertagesstättenbedarfsplan der Stadt Mainz aufgenommen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.01.2013.

**Punkt 45**            **Verabschiedung der zweiten Fortschreibung des Nahverkehrsplans 2012 - 2017**  
**Vorlage: 1724/2012**

Der Stadtrat beschließt einstimmig die Verabschiedung der 2. Fortschreibung des Mainzer Nahverkehrsplans.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 28.11.2012.

**Punkt 46**      **Überplanmäßige Mittelbereitstellung i. H. v. 106.000 € im Finanzhaushalt 2013 für die Umrüstung der Hafentunnelübergänge Hattenbergstraße und Rheinallee zulasten eingesparter Mittel bei der Maßnahme "Steuergeräte"**  
**hier: Teilhaushalt 61 - Stadtplanungsamt**  
**Vorlage: 1964/2012/1**

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen die überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 106.000,00 € im Finanzhaushalt 2013 für die Umrüstung der Hafentunnelübergänge Hattenbergstraße und Rheinallee.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 09.01.2013.

**Punkt 47**      **Zustimmung der Stadt Mainz als Gesellschafterin der ivm (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt Rhein-Main) zum Verzicht des Vorkaufsrecht an den Anteilen des Wetteraukreises und entsprechender Anpassung des Gesellschaftsvertrages**  
**Vorlage: 2008/2012**

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Der Wetteraukreis mit einem derzeitigen Stammkapital in Höhe von insgesamt 7.500 Euro verkauft seinen Anteil in Höhe von 7.500 Euro an die ivm GmbH. Die Stimmrechte, die auf die Geschäftsanteile in Höhe von 7.500 Euro gemäß § 8 Abs. 7 des Gesellschaftsvertrages der ivm GmbH entfallen, ruhen.
2. Weiterhin wird eine entsprechende Anpassung in §3 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages der ivm GmbH vorgenommen, wonach der Wetteraukreis als Gesellschafter entfällt und die ivm GmbH mit einem Geschäftsanteil von 7.500 Euro (3,1%) neu aufgenommen wird.
3. Die Stadt Mainz verzichtet als Gesellschafterin auf ihr Vorkaufsrecht nach § 4 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages der ivm GmbH.



Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 04.12.2012.

**Punkt 48**            **Bauleitplanverfahren "G 149" (Planstufe I)**  
**Bebauungsplanentwurf "Gewerbegebiet Am Hemel (G 149)"**  
**hier: - Erneuter Aufstellungsbeschluss gem. §2 Abs. 1 BauGB**  
**- Vorlage in Planstufe I**  
**- Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit**  
**gemäß                    § 3 Abs. 1 BauGB**  
**Vorlage: 1307/2012**

Der Stadtrat beschließt einstimmig

- den erneuten Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB,
- die Vorlage in Planstufe I,
- die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB im Aushangverfahren.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 28.01.2013.

**Punkt 49**            **Zweite Verlängerung der Geltungsdauer der Veränderungssperre für den Bereich des Bebauungsplanentwurfs "MLK-Park (H 92)", Satzung "H 92-VS/II"**  
**hier: Beschluss gem. § 17 BauGB i. V. m. den §§ 14 und 16 BauGB**  
**Vorlage: 1978/2012**

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen in Kenntnis der Vorlage gem. § 17 BauGB i. V. m. den §§ 14 und 16 BauGB die Satzung "H92-VS/II" über die zweite Verlängerung der Geltungsdauer der Veränderungssperre "H 92-VS" um ein weiteres Jahr.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 28.01.2013.

**Punkt 50**            **Bebauungsplanentwurf "Seniorenzentrum Lerchenberg (Le 1)"**  
**hier: - Behandlung der Stellungnahmen gem. § 3 Abs. 2 BauGB**  
**- Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB**  
**- Vorlage der Zusammenfassenden Erklärung gem. § 6 Abs. 5 BauGB**  
**Vorlage: 2025/2012**

Der Stadtrat beschließt einstimmig

1. die Zurückweisung bzw. Aufnahme der Stellungnahmen aus der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2;
2. unter Abwägung der privaten und öffentlichen Belange den o. g. Bebauungsplanentwurf gemäß § 10 BauGB als Satzung mit Begründung sowie den Erlass gestalterischer Vorschriften gemäß § 88 LBauO i. V. m. § 9 Abs. 4 BauGB;
3. die Zusammenfassende Erklärung gemäß § 10 Abs. 4 BauGB.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 28.01.2013.

**Punkt 51**            **Bauleitplanverfahren "W 102" (Planstufe I)**  
**Bebauungsplanverfahren "Am neuen Friedhof Weisenau(W 102)"**  
**hier: - Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB**  
**- Durchführung des Bauleitplanverfahrens im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB**  
**- Vorlage in Planstufe I**  
**- Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem.**

**§ 3 (1) BauGB**  
**- Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange**  
**Vorlage: 2028/2012**

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen zu dem o. g. Bebauungsplanverfahren

1. den Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB,
2. das Bauleitplanverfahren im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB durchzuführen,
3. die Vorlage in Planstufe I,
4. die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB im Aushangverfahren,
5. auf die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB zu verzichten.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 28.01.2013.

**Punkt 52**            **Städtebaulicher Rahmenplan "Bahnflächen Mombacher Straße" (H 80)**  
**- Beschluss des Rahmenplanes**  
**- Aufhebung der Kooperationsvereinbarung**  
**Vorlage: 2047/2012**

Der Stadtrat beschließt mit Mehrheit (zwei Gegenstimmen) in Kenntnis der Vorlage vom 28.01.2013, die Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist,

1. den städtebaulichen Rahmenplan "Bahnflächen Mombacher Straße (H 80)",
2. die Kooperationsvereinbarung für das ehemalige Bahngelände an der Mombacher Straße aufzuheben. Diese Kooperationsvereinbarung wird durch den städtebaulichen Rahmenplan "Bahnflächen Mombacher Straße (H 80)" ersetzt.

**Punkt 53**            **Bebauungsplanentwurf "Südlich des Mühlweges bis zur Bezirkssportanlage, zwischen Kaninchenpfad und Albert-Stoher-Straße - 1. Änderung (B 140/1.Ä)"**  
**hier:**  
**- Erneuter Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit**

**§ 1 Abs. 8 BauGB;**  
**- Vorlage in Planstufe II;**  
**- Durchführung der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB;**  
**- Durchführung der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB**  
**parallel**  
**zur Offenlage.**  
**Vorlage: 2063/2012**

Der Stadtrat beschließt einstimmig

1. den erneuten Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 1 Abs. 8 BauGB,
2. die Vorlage in Planstufe II,
3. die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
4. die Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 2 BauGB im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB i. V. m. § 4a Abs. 2 BauGB parallel zur öffentlichen Auslegung durchzuführen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 28.01.2013.

**Punkt 54**            **Veränderungssperre für den Bereich des Bebauungsplanentwurfes**  
**"Neues Stadtquartier Zoll- und Binnenhafen (N 84)";**  
**Satzung "N 84 - VS"**  
**Vorlage: 2069/2012**

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen gem. § 16 i. V. m. § 14 BauGB für den Bereich des Bebauungsplanentwurfes "Neues Stadtquartier Zoll- und Binnenhafen (N 84)" die Veränderungssperre als Satzung "N 84 - VS".

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 28.01.2013.

## **B) Ohne Stimmrecht des Vorsitzenden**

**Punkt 55**            **Besetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien**

**Punkt 55.1**        **Gremienbesetzungen**  
**Vorlage: 0001/2013**

Der Stadtrat beschließt bzw. bestätigt mehrheitlich (zwei Gegenstimmen) die nachfolgenden Ergänzungen von Ausschüssen und sonstigen Gremien:

**1. Psychiatriebeirat**

(10 25 07 / 153)

Auf Vorschlag der Landespsychotherapeutenkammer wird als Mitglied

**Gisela Borgmann-Schäfer**

im o. g. Gremium bestätigt.

Auf Vorschlag der Rheinessen-Fachklinik Alzey wird als Mitglied

**Dr. Anke Brockhaus-Dumke**

im o. g. Gremium bestätigt.

**2. Mainzer Seniorenbeirat**

(10 25 07 / 137)

Auf Vorschlag des Malteser Hilfsdienstes e. V. werden

**Nina Basteck (Mitglied) u n d**

**Andreas Becker (Stellvertretung)**

im o. g. Gremium bestätigt.

**3. Stadtrechtsausschuss**

(10 25 07 / 93)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wird als Nachfolger von Herrn Milan Sell

**Thorsten Lange**

in das o. g. Gremium gewählt.

Auf Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion wird als Nachfolgerin von Frau Christine Diehl

**StRM Marianne Kunkel**

in das o. g. Gremium gewählt.

Auf Vorschlag der ödp-Stadtratsfraktion wird als Nachfolger von Herrn Dr. Ermert

**Jürgen Freimuth**

in das o. g. Gremium gewählt.

**4. Werkausschuss GWM**

(10 25 07 / 156)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wird als Nachfolger von StRM Matthias Rösch

**StRM Dr. Brian Huck**

in das o. g. Gremium gewählt.

Auf Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion wird als Nachfolgerin von Frau Stenner

**StRM Sabine Flegel**

in das o. g. Gremium gewählt.

**5. Regionalvertretung Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe**

(10 25 07 / 75)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wird als Nachfolger von StRM Matthias Rösch

**StRM Dr. Brian Huck**

in das o. g. Gremium gewählt.

Weiterhin werden als persönliche Stellvertretungen für Herrn Dr. Huck und Herrn Köbler

**StRM Gunther Heinisch, MdL,            u n d**

**Ute Wellstein**

in das o. g. Gremium gewählt.

Auf Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion wird als Nachfolger von Frau Stenner

**StRM Dr. Gerd Eckhardt**

in das o. g. Gremium gewählt.

**6. Bau- und Sanierungsausschuss**

(10 25 07 / 175)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜRGERBEWEGUNG PRO MAINZ wird als zusätzliche Stellvertretung

**Karin Sachs**

in das o. g. Gremium gewählt.

Auf Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion werden als Nachfolger von Frau Stenner und Frau Dr. Litzenburger

**StRM Thomas Neger                      u n d**  
**StRM Thomas Gerster**

in das o. g. Gremium gewählt.

**7. Haupt- und Personalausschuss**

(10 25 07 / 30)

Auf Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion wird als Nachfolger von Frau Dr. Litzenburger

**StRM Klaus Hafner**

in das o. g. Gremium gewählt.

**8. Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen**

(10 25 07 / 27)

Auf Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion wird als Nachfolger von Frau Dr. Litzenburger

**StRM Gerd Schreiner, MdL**

in das o. g. Gremium gewählt.

**9. Wirtschaftsausschuss**

(10 25 07 / 46)

Auf Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion wird als Nachfolgerin von StRM Herbert Schäfer

***StRM Marianne Kunkel***

in das o. g. Gremium gewählt.

*(Die Mitglieder des WA sind gleichzeitig auch Mitglieder des Verwaltungsrates AGEM)*

**10. Städteausschuss Mainz-Wiesbaden**

(10 25 07 / 100)

Auf Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion wird als Nachfolgerin von StRM Gerd Schreiner, MdL,

***StRM Marianne Kunkel***

in das o. g. Gremium gewählt.

**11. Nachbarschaftsausschuss**

(10 25 07 / 112)

Auf Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion wird als Nachfolgerin von Frau Dr. Litzenburger

***StRM Ursula Groden-Kranich***

in das o. g. Gremium gewählt.

**12. Jugendhilfeausschuss**

(10 25 07 / 33-0)

Auf Vorschlag des Stadtjugendringes wird als Nachfolgerin von Frau Jaensch

***Frau Gülsüm Günay***

in das o. g. Gremium gewählt.

**13. AG Kindertagesbetreuung des JHA**

(10 25 07 / 33-24)

Auf Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion wird als Nachfolgerin von StRM Klaus Hafner



**StRM Christine Diehl**

in das o. g. Gremium gewählt.

**14. Zweckverband Lennebergwald**

(10 25 07 / 123)

Auf Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion wird als Nachfolger von Frau Stenner

**StRM Herbert Schäfer**

in das o. g. Gremium gewählt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 06.02.2013.

**Punkt 55.2      Besetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten etc.  
Vorlage: 0088/2013**

Der Stadtrat beschließt mit Mehrheit (zwei Gegenstimmen) die nachfolgende Änderung im Aufsichtsrat der Grundstücksverwaltungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH:

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN* wird

**StRM Milan Sell**

in den Aufsichtsrat der GVG gewählt. Die Entsendung von Herrn Matthias Rösch in den Aufsichtsrat der GVG wird vom Stadtrat der Stadt Mainz widerrufen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 29.01.2013.

**Punkt 57      Anregungen der Ortsbeiräte [ca. 18.30 Uhr]**

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Vorlagen eingereicht.

**Punkt 63      Bauleitplanverfahren "VEP (O 61)" (Satzungsbeschluss)  
Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Berliner Sied-**

**lung West - VEP (O 61)"**

**hier: - Behandlung der Stellungnahmen gem. § 3 Abs. 2 BauGB**

**- Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB**

**Vorlage: 2045/2012**

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (zwei Gegenstimmen, drei Enthaltungen) zu o. g. Bauleitplanentwurf:

1. die Zurückweisung bzw. Aufnahme der Stellungnahmen gem. § 3 Abs. 2 BauGB,
2. unter Abwägung der privaten und öffentlichen Belange und in Kenntnis des Durchführungsvertrages den o. g. Bebauungsplanentwurf gem. § 10 BauGB als Satzung mit Begründung sowie den Erlass gestalterischer Vorschriften gem. § 88 LBauO i. V. m. § 9 Abs. 4 BauGB.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 28.01.2013.

**Ende der Sitzung: 19:35 Uhr**

**gez. Michael Ebling**  
**Vorsitz**

**gez. Detlef Blessing**  
**Schrifführung**